

# VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 16 | 4. bis 17. September 2017

## INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

## ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

### 1. EU-Kommission präsentiert Prioritäten für Europa

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am 13. September 2017 vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg seine Rede zur Lage der Union 2017 gehalten. In der Rede stellte Juncker seine Prioritäten für das kommende Jahr vor und skizzierte seine Vision, wie sich die Europäische Union bis zum Jahr 2025 weiterentwickeln könnte.

Für das Jahr 2018 komme die erste Priorität der Stärkung der europäischen Handelsagenda zu. Bis Juni 2019 sollten die Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaften mit Japan, Mexiko, verschiedenen südamerikanischen Ländern, Australien und Neuseeland abgeschlossen werden. Alle Verhandlungen sollten mit größtmöglicher Transparenz geführt werden.

In einer Mitteilung an den EU-Ministerrat empfiehlt die EU-Kommission die Aufnahme von Verhandlungen über die Gründung eines multilateralen Gerichtshofs für die Regelung von Investitionsstreitigkeiten.

Außerdem kündigte die EU-Kommission die Schaffung einer Beratungsgruppe für EU-Handelsabkommen an. Dank dieser Gruppe könne die EU-Kommission mit der Zivilgesellschaft in Kontakt treten und leichter Einblicke in die unterschiedlichen Sichtweisen einer großen, ausgewogenen Gruppe von Interessenträgern (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Verbraucherverbände und sonstige Nichtregierungsorganisationen) erhalten.

#### Impressum

Verbraucherzentrale  
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter  
nehmen wir gerne entgegen.

Eine weitere Priorität ist laut Juncker eine innovative und umweltfreundliche Industriepolitik. Die Kommission werde in Kürze auch einen Vorschlag zur Senkung der Co2-Emissionen im Verkehrssektor vorlegen.

Juncker hielt es auch für inakzeptabel, dass Verbrauchern in manchen Teilen Europas qualitativ schlechtere Lebensmittel verkauft werden als in anderen, obwohl Verpackung und Markenkennzeichnung identisch sind. „Das EU-Recht verbietet solche Praktiken schon jetzt. Nun müssen wir die nationalen Behörden mit umfassenderen Befugnissen ausstatten, sodass sie flächendeckend gegen die illegalen Praktiken vorgehen können“, sagte Juncker.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20170913-juncker-rede-zur-lage-der-union-2017\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20170913-juncker-rede-zur-lage-der-union-2017_de)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-17-3165\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-3165_de.htm)

[https://ec.europa.eu/germany/news/20170914-moderne-handelspolitik\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20170914-moderne-handelspolitik_de)

## **2. Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen**

Das Europäische Parlament legte am 14. September 2017 seinen Standpunkt zum Vorschlag für eine Richtlinie fest, die weithin als „Europäischer Rechtsakt zur Barrierefreiheit“ bezeichnet wird. Der Entwurf für diesen Rechtsakt enthält Bestimmungen für verbesserte Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen. Es geht um Bank-, Fahrausweis- und Check-In-Automaten, Computer und Betriebssysteme, Telefone und TV-Geräte, Bankdienstleistungen für Verbraucher, E-Books, elektronischen Handel, und um Verkehr, einschließlich öffentlicher städtischer Verkehrsmittel wie U-Bahnen, Züge, Straßenbahnen, Busse und damit zusammenhängende Dienste.

Die Abgeordneten haben der Liste weitere Punkte hinzugefügt, wie zum Beispiel Zahlungsterminals, E-Book-Lesegeräte, Webseiten, von audiovisuellen Medien angebotene mobilgerätebasierte Dienste und Tourismus-Dienstleistungen.

Das Europäische Parlament kann nunmehr in Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat treten sobald dieser seinen Standpunkt angenommen hat.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170911IPR83596/barrierefreiheit-fur-menschen-mit-behinderungen>

## **BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR**

### **1. VW-Abgasskandal: EU-Kommission drängt auf schnelle Reparaturen**

Der VW-Konzern soll schnellstmöglich alle vom Dieselskandal betroffenen Fahrzeuge reparieren. Darauf drängten die EU-Kommission und die EU-Verbraucherschutzbehörden am 7. September 2017 in einem gemeinsamen Schreiben an den VW-Vorstandsvorsitzenden. Im Anschluss an Gespräche mit EU-Justiz- und Verbraucherkommissarin Věra Jourová im Jahr 2016 hatte sich Volkswagen verpflichtet, alle betroffenen Fahrzeuge bis Herbst 2017 zu reparieren. Verbraucherschutzbehörden in der gesamten EU erhielten nach wie vor Hinweise darauf, dass viele der betroffenen Fahrzeuge noch nicht repariert worden sind.

Die EU-Verbraucherschutzbehörden fordern Volkswagen auf mitzuteilen, bis wann alle Fahrzeuge repariert sein werden. Wenn sich die Reparaturen über Ende Herbst 2017 hinausziehen, dann sollte Volkswagen den Zeitraum, in dem das Software-Update kostenlos aufgespielt wird, entsprechend verlängern, um seiner Verpflichtung nachzukommen, bei der Reparatur aller Fahrzeuge das EU-Verbraucherrecht zu wahren.

„Volkswagen spielt auf Zeit. Immer mehr Gerichte urteilen zugunsten der Verbraucher. Doch VW zeigt weiterhin kein Einsehen. Bis zu einem Urteil des Bundesgerichtshofs wird es drei bis vier Jahre dauern. Das bedeutet: Viele der 2,5 Millionen betroffenen Verbraucher in Deutschland könnten nicht von einem BGH-Urteil profitieren. VW muss also die Gewährleistung bis Ende 2021 verlängern“, fordert Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20170907-VW-Reparaturen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20170907-VW-Reparaturen_de)

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/countdown-fuer-vw-kunden-laeuft>

### **2. Europäischer Gerichtshof klärt Ausgleichsregel bei gestaffelten Flügen**

Der Europäische Gerichtshof hat am 7. September 2017 entschieden, dass es bei der Entfernungsberechnung bei einem gestaffelten Flug auf die direkte Entfernung zwischen Abflug- und Zielort ankommt. Im Ausgangsfall geht es um die Höhe der Ausgleichszahlung für eine Verspätung von über drei Stunden auf der Strecke Rom-Brüssel-Hamburg. Brussels Airline hat auf die direkte Entfernung zwischen Rom und Hamburg abgestellt (nach der sogenannten Großkreismethode weniger als 1500 Kilometer) und den Klägern daher je 250 Euro gezahlt. Diese Berechnungsmethode hat der Europäische Gerichtshof bestätigt. Die Klä-

ger hatten geltend gemacht, dass bei einer Addierung der Teilstrecken die Entfernung mehr als 1.500 Kilometer betrage, woraus sich ein Anspruch von 400 Euro ergebe.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2017-09/cp170092de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-559/16>

## FINANZDIENSTLEISTUNGEN

### Europäische Zentralbank hält an Niedrigzinspolitik fest

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 7. September 2017 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins von 0,40 Prozent belegt. Die EZB setzt auch mindestens bis Ende 2017 den Erwerb von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren in Höhe von 60 Milliarden Euro monatlich fort. Hierdurch werden die Zinsen für langlaufende Anleihen gedrückt. Der Nettoerwerb von derartigen Papieren erfolgt in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt. Ziel der EZB ist eine Inflation („harmonisierter Verbraucherpreisindex“) von unter, aber nahe 2 Prozent.

Die EZB erwartet, dass die Inflation im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2017 im Schnitt bei 1,5% liegt. Für 2018 werden 1,2% und für 2019 1,5% erwartet. Eine Anhebung des Leitzinses oder eine Verringerung des Strafzinses kämen laut EZB-Präsident Mario Draghi erst in Frage, wenn das Programm zum Ankauf von Wertpapieren ausgelaufen ist. Die EZB wird im Oktober 2017 beschließen wie das Programm im Jahr 2018 fortgesetzt wird.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2017/html/ecb.mp170907.de.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2017/html/ecb.is170907.de.html>

## GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

### Europaabgeordnete gegen Wegfall der Kontrollen für Nahrungsmittel aus dem Gebiet Fukushima (Japan)

Das Europäische Parlament forderte am 13. September 2017 die EU-Kommission auf, einen Vorschlag zurückzuziehen wonach weniger japanische Lebensmittel auf Radioaktivität zu überprüfen sind. Nach diesem Vorschlag könnten

Erzeugnisse wie Reis, Fische und Meeresfrüchte aus dem Gebiet Fukushima in die Europäische Union ohne besondere Kontrollen exportiert werden. Die Entscheidung über diesen Vorschlag obliegt den EU-Mitgliedstaaten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170912IPR83798/meps-oppose-relaxing-checks-on-food-imports-from-fukushima-region>

## **TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET**

### **Pilotprojekt für kostenloses öffentliches WLAN für alle**

Das Europäische Parlament stimmte am 12. September 2017 dem Vorschlag für ein Pilotprojekt für kostenlosen Internetzugang an öffentlichen WLAN-Zugangspunkten zu („WiFi4EU“). Es geht zunächst um über 6000 Zugangspunkte für alle Bürger in der gesamten Europäischen Union (z.B. in Krankenhäusern, Bibliotheken und Behörden). Werbung und Übermittlung persönlicher Daten für gewerbliche Zwecke sind nicht gestattet. Die EU-Finanzmittel können auch nicht für Vorhaben genutzt werden, die sich mit bereits existierenden ähnlichen kostenlosen privaten oder öffentlichen Angeboten in demselben Gebiet überschneiden. Die verfügbaren Mittel sollten – grundsätzlich in der Reihenfolge des Eingangs der Anträge – in zwischen den Mitgliedstaaten geografisch ausgewogener Weise verteilt werden.

Die informellen Gespräche mit dem EU-Ministerrat sind bereits erfolgreich abgeschlossen, so dass dessen Zustimmung als Formsache gilt.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170908IPR83454/wifi4eu-kostenloses-offentliches-wlan-fur-alle>

## **WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB**

### **EU-Kommission gibt grünes Licht für deutschen Überbrückungskredit zugunsten von Air Berlin**

Die EU-Kommission hat am 4. September 2017 das Vorhaben Deutschlands, Air Berlin für einen befristeten Zeitraum einen Überbrückungskredit von 150 Millionen Euro zu gewähren, nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Durch

den Kredit soll die geordnete Abwicklung der zahlungsunfähigen Fluggesellschaft Air Berlin gewährleistet werden. Außerdem ist die EU-Kommission zu dem Schluss gekommen, dass die Maßnahme zum Schutz der Interessen der Fluggäste und zur Aufrechterhaltung des Passagierluftverkehrs beiträgt.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20170904-Air-Berlin-Kredit\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20170904-Air-Berlin-Kredit_de)

## TERMINVORSCHAU

### Rat

#### **Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (18. September 2017)**

Reform des Derivate-Handels.

#### **Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (18. September 2017)**

Entwurf von Schlussfolgerungen zu grenzübergreifenden Aspekten der Alkoholpolitik – Bekämpfung von Alkoholmissbrauch.

#### **Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (19./20. September 2017)**

Datenschutz bei elektronischer Kommunikation („ePrivacy-Verordnung“).

#### **Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (20. September 2017)**

Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Förderung von Investitionen zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes (Informationen des Vorsitzes über das Ergebnis des Trilogs); Abfallpaket (Vorbereitung des Trilogs); Digitaler Binnenmarkt (Informationen des Vorsitzes zum Sachstand); Vorschlag für Verordnung über Tierarzneimittel.

#### **Ratsarbeitsgruppe „Audiovisuelle Medien“ (20. September 2017)**

Änderung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (Vorbereitung des zweiten Trilogs).

#### **Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (21./22. September 2017)**

Reform der Bankenaufsicht.

#### **Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum – Urheberrecht“ (21. September 2017)**

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.

#### **Ad-hoc-Gruppe „Stärkung der Bankenunion“ (25. September 2017)**

Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS).

**Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (25. September 2017)**

Verfahren zur Zulassung und Überwachung von Medizinprodukten in der Human- und Tiermedizin.

**Rat Allgemeine Angelegenheiten (25. September 2017)**

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 34/2016 des Europäischen Rechnungshofes mit dem Titel „Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung: eine Chance für die EU, die Ressourceneffizienz der Lebensmittelversorgungskette zu verbessern“; Festlegung wissenschaftlicher Kriterien für die Bestimmung endokrinschädlicher Eigenschaften

**Ratsarbeitsgruppe „Wein und Alkohol“ (25. September 2017)**

Kennzeichnung von alkoholischen Getränken.

**Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge (26. September 2017)**

Zulassung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen (Vorbereitung des nächsten informellen Trilogs).

**Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (28./29. September 2017)**

Reform der Bankenaufsicht.

## **Europäisches Parlament**

**Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (25. September 2017)**

Verordnung über Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation („ePrivacy-Verordnung“).

**Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (28. September 2017)**

Verordnung über Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation („ePrivacy-Verordnung“); Verträge über Online-Warenhandel und andere Formen des Fernabsatzes von Waren; Aktionsplan für Finanzdienstleistungen für Privatkunden; Rettung von Menschenleben: Mehr Fahrzeugsicherheit in der EU; Auf dem Weg zu einer Strategie für den digitalen Handel; Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik.

## **Europäische Kommission**

**Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (20. September 2017)**

Mitteilung: Stärkung der Kapitalmärkte und der Finanzintegration in einem sich wandelnden Umfeld; Vorschlag für eine Verordnung zur Messung der Performance von Investmentfonds; Änderung des Vorschlags zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde); Vorschlag für eine Verordnung über die makroprudenzielle Überwachung des Finanzsystems in der Europäischen Union und zur Schaffung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken.

#### **Expertentreffen zum Fipronil-Skandal (26. September 2017)**

Vytenis Andriukaitis, EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, wird das Expertentreffen mit hochrangigen Vertretern der Mitgliedstaaten leiten. Die Experten beraten über eine Verbesserung des Frühwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF).

### **Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

#### **Plenum (20./21. September 2017)**

Debatte über die Lage der EU mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker; Auswirkungen der digitalen Revolution im Gesundheitswesen auf die Krankenversicherung (Initiativstellungnahme); Aktionsplan Finanzdienstleistungen für Verbraucher (Mitteilung); Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen (EMIR).

#### **Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (27. September 2017)**

Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die EU.

#### **Fachgruppe Außenbeziehungen (28. September 2017)**

Freihandelsabkommen EU-Korea – Kapitel Handel und nachhaltige Entwicklung; Austausch und Schutz personenbezogener Daten in einer globalisierten Welt.

### **Ausschuss der Regionen**

#### **Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (18. September 2017)**

Beitrag der energetischen Verwertung von Abfällen zur Kreislaufwirtschaft.

#### **Fachkommission für Wirtschaftspolitik (19. September 2017)**

Bericht der Europäischen Kommission über die Wettbewerbspolitik 2016.

#### **Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (27./28. September 2017)**

Intelligente und nachhaltige Mobilität; Für eine europäische Agenda für den Wohnungsbau; Europa in Bewegung: Förderung nahtloser Mobilitätslösungen.

## **Europäischer Gerichtshof**

### **Schlussanträge in der Rechtssache C-210/16 (19. September 2017)**

Datenschutzrechtliche Verantwortung für Facebook-Fanpage.

### **Urteil in der Rechtssache C-186/16 (20. September 2017)**

Wechselkursrisiko bei Fremdwährungskrediten.

## **Europäisches Gericht**

### **Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-33/16 (22. September 2017)**

Überprüfung der Marktzulassung für genetisch veränderte Sojabohnen.

*Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.*

*Newsletter verfasst von*

*Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel*

*Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)*